

GEHEIM

1.7.69

Besprechung mit Herrn Deniau, Mitglied der EG-Kommission, in Bern,
am 1. Juli 1969

Herr Deniau ist von Herrn Bundesrat Schaffner im von Wattenwylhaus zum Mittagessen und einer anschliessenden Arbeitssitzung empfangen worden, an der, neben dem Unterzeichneten, auch die Herren Botschafter Micheli, Botschafter Weitnauer, Botschafter Languetin und Dr. Feller teilgenommen haben. Von den Ausführungen Deniaus verdienen folgende Punkte festgehalten zu werden:

1. D. glaubt nicht, dass der Regierungswechsel in Frankreich zu einer grundsätzlichen Aenderung der integrationspolitischen Lage führt, denn die sachlichen und institutionellen Probleme der Erweiterung sind die gleichen geblieben. Frankreich wird jedoch den Stil ändern. Im Gegensatz zum General sei es Pompidou nicht gleichgültig, den schwarzen Peter in der Hand zu haben. Er werde daher **soupler** manövrieren. Es liege ihm weder besonders daran, Grossbritannien in den Gemeinsamen Markt aufzunehmen noch davon ausgeschlossen zu halten.

D. ist überzeugt, dass die britische Regierung aus rein wahltaktischen Erwägungen in Verhandlungen eintreten will, aus wirtschaftlichen Gründen jedoch den Vollbeitritt vorderhand nicht auf sich nehmen könnte. Die englische Oeffentlichkeit sei wesentlich vorsichtiger geworden. D. glaubt, dass Verhandlungen mit Grossbritannien erst nach einem Regierungswechsel in London ernsthaft in Frage kommen würden.

2. Brüssel wird sich vor Aufnahme von Verhandlungen über seine eigene Zukunft schlüssig werden müssen. An der Sitzung des Ministerrates vom 22. Juli soll beschlossen werden, ob und wann die Aussprache über die zukünftige Ausgestaltung der EG und die Aussenbeziehungen beginnen kann. In diesem Moment wird vorerst nur die Frage

zu entscheiden sein, ob Grossbritannien zur Teilnahme an dieser internen Abklärungsphase eingeladen werden soll. Die Fünf werden sich ihre Zustimmung zur Agrarfinanzierung durch ein Entgegenkommen gegenüber Grossbritannien abkaufen lassen. Dieses könnte aber auch darin bestehen, dass grundsätzlich beschlossen wird, nach Abschluss der internen Abklärungsphase die Aufnahme von Verhandlungen ins Auge zu fassen. Diese Präliminarphase dürfte nach D. bis Ende 1970 dauern.

3. Es sind noch nie so viele und so verschiedenartige Pläne für die Erweiterung herumgeboten worden wie heute. Sie reichen vom Vorschlag Monnets einer "Europe des Sept" (ein Vorschlag, den D. auf das entschiedenste ablehnt) über eine "Europe des Dix", "Europe des Onze" (Beitrittskandidaten + Schweden) bis zum Beitritt der EWG zur Freihandelszone und den deutschen Ideen eines zweiten Kreises, der um den inneren Kreis der EG gelegt würde.
4. Bezeichnend für alle diese Pläne ist, dass der politische Mythos noch keineswegs aufgegeben ist. Niemand wagt, dieses Traumbild zu zerstören, und eine Rede Deniaus in Aachen vor zwei Monaten, in der die Trennung der politischen von der wirtschaftlichen Integration angedeutet wurde, sei als Häresie empfunden worden. Dies ist offenbar der Grund, weshalb in der oben erwähnten Erweiterungsarithmetik (7, 10, 11) Oesterreich und die Schweiz als neutrale Staaten ausgeschlossen werden. Schweden wird wegen seines Briefes als Grenzfall angesehen, der vielleicht noch berücksichtigt werden könnte.
5. D. ist der Auffassung, dass wegen der russischen Haltung eine Nahverbindung zwischen Oesterreich und der EWG ausgeschlossen sei. Die russische Furcht vor der BRD, die durch einen neuerlichen "Anschluss" Oesterreichs gestärkt werden könnte, sei bei der älteren Generation immer noch echt, werde jedoch gelegentlich aus taktischen Gründen zur Disziplinierung der Oststaaten hochgespielt. Die Sowjetunion anerkennt die EWG noch nicht;

die Vergemeinschaftung der Handelspolitik wird nun aber zu einem Testfall führen müssen. D. gedenkt zu diesem Zweck eine Vereinbarung mit Polen anzustreben.

6. D. ist sich bewusst, dass im Falle einer Erweiterung der EG auch für Finnland eine Lösung gefunden werden müsste. Er sieht keine Schwierigkeiten bezüglich einer Assoziation, wobei die Finnen die gleichen Zollpräferenzen auch der Sowjetunion zugestehen könnten.
7. Angesichts der Langfristigkeit der Erweiterungsproblematik erachtet D. es seinerseits als durchaus zweckmässig, wenn die direkten Kontakte zwischen der Schweiz und der Kommission fortgesetzt werden. Er ist bereit, zur Aufnahme eines Inventars der bilateralen Probleme Hand zu bieten, wobei unverbindlich und ohne Mandat nach Lösungsmöglichkeiten, die im beidseitigen Interesse liegen würden, gesucht werden könnte. Botschafter Weitnauer weist darauf hin, dass gemäss Uhrenabkommen eine Bestandesaufnahme im Herbst ohnehin erforderlich sein wird und dass über die Konsequenzen gesprochen werden müsse, die sich auf dem Chemiesektor im leider wahrscheinlichen Fall der Nichtabschaffung des ASP für die europäischen Staaten ergeben würden. D. pflichtet bei, und es wird eine Aussprache in Brüssel Ende September in Aussicht genommen.
8. Gemäss D. wird das Schwergewicht des inneren Ausbaus der EG bei den Fragen der Konjunkturpolitik, der Währungspolitik und der Industriepolitik liegen. Da sich angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung Gleichgewichtsstörungen auch auf andere Staaten auswirken, sei eine bessere Koordination der Wirtschaftspolitik unter gegenseitiger Unterstützung in Währungskrisen erforderlich. Die Möglichkeiten des integrierten Wirtschaftsraumes müssten sodann durch eine gemeinsame Industriepolitik ausgeschöpft werden. D. wies diesbezüglich auf das grosse Interesse eines Einbezugs Schwedens zwecks gemeinsamer

Entwicklung der Flugzeugindustrie einerseits und Beteiligung Schwedens an monetären Stützungsmaßnahmen andererseits hin.

9. D. hofft, dass auch im Verhältnis zu USA durch ein pragmatisches Vorgehen Spannungen vermieden werden können. Er hat in Washington für laufende Gespräche zur Bereinigung von Einzelfällen, wie sie uns vorschweben, plädiert und dabei auf das Käseabkommen mit der Schweiz hingewiesen. Offenbar besteht in Washington aber das Problem in der mangelnden Verhandlungsfähigkeit der Regierung, solange der Kongress keine neuen Vollmachten erteilt hat. Dies sei auch der Grund, weshalb Washington davor zurückschreke, das Textilproblem auf dem Weg von Art. XIX oder XXVIII des GATT zu lösen, weil in diesem Fall Kompensationsverhandlungen geführt werden müssten.

* *
*
*
*

Gesamthaft erhielten wir den Eindruck, dass ein pragmatisches, bilaterales Vorgehen denkbar bleibt und gewisse Lösungsmöglichkeiten eröffnen könnte. Obschon in der Erweiterungsfrage kurzfristig keine grossen Fortschritte zu erwarten sind, ist es jedoch offensichtlich erforderlich, dass der Tendenz einer Hintansetzung der Schweiz aus überholten politischen Gründen energisch entgegengetreten wird. Die Schweden scheinen durch ihr aktiveres Vorgehen, das in einer regen gegenseitigen Besuchsdiplomatie sowohl auf offizieller Ebene als auf der Ebene der Industrieverbände seinen Ausdruck findet, einen gewissen Erfolg erzielt zu haben. Es war verblüffend zu sehen, wie stark Deniau die wirtschaftliche und monetäre Bedeutung Schwedens als Grund für eine Ausnahmebehandlung hervorhob, obschon die gleichen Argumente auch für die Schweiz gelten würden. Herr Bundesrat Schaffner hat nicht verfehlt, energisch auf diesen Umstand hinzuweisen, so dass D. schliesslich zugab, man könnte eigentlich auch an eine "Europe à Douze" denken.

* *
*
*

- 5 -

Der Eindruck, dass Grossbritannien angesichts seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht an einer schnellen Verhandlungsaufnahme gelegen ist, bestätigt sich anlässlich eines soeben mit dem britischen Botschafter durchgeführten "tour d'horizon". Er versichert mir, dass London nicht mit baldigen Neuentwicklungen rechnen und finde, es bestehe kein Anlass, die Ereignisse beschleunigen zu wollen. Grossbritannien sei sich bewusst, dass es besser wäre, aus einer Position der Stärke heraus verhandeln zu können, und hiefür sei noch einige Zeit erforderlich (!).

